



Audit Committee Quarterly

III / 2022

DAS MAGAZIN FÜR CORPORATE GOVERNANCE

**Audit Committee
Institute e.V.**

Gefördert durch



»I CAN SEE CLEARLY NOW, THE RAIN IS GONE
I CAN SEE ALL OBSTACLES IN MY WAY ...«

Johnny Nash



Resilienz – Geopolitik und Wertschöpfungskette

Aktualisiert
im
Juni 2023

David McAllister MdEP:

China bleibt die größte geopolitische Herausforderung
des Jahrhunderts

China bleibt die größte geopolitische Herausforderung des Jahrhunderts

Autor: **David McAllister MdEP**

Seit dem 24. Februar 2022 ist der Krieg in Europa zurückgekehrt. Unsere politische Aufmerksamkeit in der Europäischen Union richtet sich unweigerlich auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und seine verheerenden Konsequenzen. Der politische Westen handelt geschlossen und entschlossen, damit Putin seine militärischen und politischen Ziele nicht erreicht. Den imperialistischen Bestrebungen autoritärer Regime müssen Demokratien dieser Welt gemeinsam entgegentreten. Das gilt auch für die langfristig größte geopolitische Herausforderung der Europäischen Union in diesem Jahrhundert – die Volksrepublik China.

Unter der Führung von Staatspräsident Xi Jinping hat die Volksrepublik bei zahlreichen Gelegenheiten das Ziel formuliert, bis 2049 die dominierende Weltmacht zu sein. China ist das einzige Land, das die Absicht hat und zugleich über die wirtschaftlichen, technologischen und militärischen Mittel verfügt, die globale Ordnung umzugestalten. Dabei knüpft Xi Jinping an das antike chinesische Konzept von *Tianxia – alles, was unter dem Himmel ist* – an, um den chinesischen Herrschaftsanspruch zu begründen. Nach dieser Lesart ist die Dominanz des politischen Westens eine Anomalie der Geschichte und Chinas Aufstieg die Wiederherstellung der rechtmäßigen Ordnung. Dieser Anspruch bildet die ideologische und machtpolitische Antithese zu der regelbasierten Weltordnung, die nach 1945 etabliert worden ist.



Die Kommunistische Partei strebt nach Sicherheit und Kontrolle, statt nach Reform und Öffnung. Die Unterdrückung von Minderheiten, das Sozialkreditsystem und die anhaltenden Repressionen gegen Dissidenten zeigen den autokratischen Charakter des Regimes. Hinzu kommt eine zunehmend aggressive und expansive Politik. Ob es sich um den Erlass des Sicherheitsgesetzes in Hong Kong handelt, das Verhalten gegenüber Taiwan oder die territorialen Ansprüche im Südchinesischen Meer, im Zuge der militärischen Modernisierung tritt China regional immer aggressiver auf. Dass die NATO in ihrem Strategischen Konzept die Volksrepublik China erstmals als »systemische Herausforderung« bezeichnet, deckt sich mit dem zunehmend kritischen Ansatz der Europäischen Union.

Einen Tiefpunkt in den bilateralen Beziehungen zwischen China und der EU markierten die chinesischen Sanktionen im März 2021 als Reaktion auf EU-Maßnahmen wegen Menschenrechtsverletzungen in der Provinz Xinjiang. Zu den sanktionierten Individuen zählen fünf Mitglieder des Europäischen Parlaments, drei Abgeordnete nationaler Parlamente sowie zwei renommierte Wissenschaftler. Der Unterausschuss für Menschenrechte des Europäischen Parlaments und das Mercator Institute for China Studies in Deutschland

David McAllister MdEP ist Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (AFET).



sind ebenfalls betroffen. Die Ratifizierung des im Dezember 2020 vereinbarten Comprehensive Agreement on Investment (CAI) ist seitdem gestoppt.

Weil China sich verändert hat, müssen auch wir in Europa unsere Politik gegenüber China neu justieren. Gegenwärtig debattieren die europäischen Staats- und Regierungschefs auf Initiative des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, eine Neuausrichtung der europäischen China-Strategie. An dem 2019 aufgestellten Dreiklang zur Behandlung Chinas als Partner, wirtschaftlicher Konkurrent und Systemrivale wird festgehalten; Schwerpunkte könnten sich allerdings verschieben. Das hängt nicht zuletzt davon ab, wie Xi Jinping sich im Krieg gegen die Ukraine verhält. Gegenwärtig sähen die chinesischen Friedensinitiativen Misstrauen im politischen Westen. Peking inszeniert sich als neutral, hält aber faktisch die russische Wirtschaft mit am Laufen und versorgt den Kreml mit Gütern, die es von anderen nicht mehr bekommt, aber für die Kriegsführung dringend braucht. China verschiebt von sich aus das Gewicht und den Kern unserer Beziehungen deutlich in Richtung systemische Rivalität. Diese Rivalität wird nicht von Europa gesucht, sondern von China an uns herangetragen.

Wir sollten in Bezug auf China die richtigen Lehren aus den Erfahrungen mit Russland ziehen. Die Abhängigkeit von russischen fossilen Energieimporten wurde nicht erst durch den Krieg gegen die Ukraine offenbart, sondern war seit vielen Jahren bekannt. Im Falle Chinas ist Europas Dependenz ungleich größer. Im letzten Jahr hat das Handelsdefizit der EU zugunsten Chinas 396 Milliarden Euro betragen. Reziprozität und Chancengleichheit sind für unsere Unternehmen in China in weite Ferne gerückt.

EU Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat in mehreren Reden die Grundzüge unserer Politik gegenüber China auf den Punkt gebracht. Eine vollständige Entkopplung ist weder in unserem Interesse, noch realistisch. Dafür ist China zu groß, zu mächtig und zu sehr mit unseren Volkswirtschaften verzahnt. ›De-risking‹ und nicht ›De-coupling‹ ist das Gebot der Stunde.

De-risking bedeutet zum einen, Ungleichheiten zu reduzieren. Dafür müssen die bereits verabschiedeten Handelsschutzinstrumente, wie die Verordnung über ausländische Subventionen oder das Instrument für das internationale Beschaffungswesen, konsequent angewandt werden. Eine wichtige Rolle spielt auch die Verordnung zum Schutz vor wirtschaftlichem Zwang durch Drittländer, oder Anti-Coercion Instrument. Offen ist noch, ob zusätzlich strengere Ausfuhrbeschränkungen und Exportkontrollen sicherheitsrelevanter Technologien nach China in Betracht gezogen werden. Dahinter steht die Sorge, dass Peking verschiedene Technologien mit doppeltem Verwendungszweck auch für militärische Zwecke nutzt. Wie im Fall von Russland gilt es gegenüber China den Schulterchluss mit unseren engsten

Partnern zu suchen, allen voran mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Mit zwei Anordnungen hat Präsident Biden im Oktober 2022 bereits Exportkontrollen für Dual-Use-Produkte gegenüber China erlassen.

Zum anderen bedeutet De-risking, die Wertschöpfungsketten der wichtigsten Sektoren nach Europa zurückzugewinnen und somit die Abhängigkeit die unsere politische Entscheidungsfreiheit signifikant einschränken könnte, zu minimieren. Die Europäische Kommission hat die strategisch wichtigsten Wirtschaftssektoren bereits untersucht und risikoreiche Abhängigkeiten von ausländischen Lieferanten identifiziert. Die Ergebnisse sind – wenn auch nicht überraschend – dennoch gravierend. Die Hälfte der von der Kommission als kritisch eingestuften Importe stammen aus China. Dazu zählen Güter und Dienstleistungen, die nicht in der Europäischen Union produziert bzw. angeboten werden, aber für unsere Volkswirtschaft von hoher Bedeutung sind. Zu nennen sind Seltene Erden, Mikrochips und Halbleiter, Lithium-Ionen-Akkus, pharmazeutische Wirkstoffe und Cloud-Computing.

Erste Schritte hat die EU bereits eingeleitet. Mit den jüngsten Legislativvorschlägen zu Halbleitern (Chips Act) und kritischen Rohstoffen (Critical Raw Materials Act) sind gute Rahmenbedingungen geschaffen, um die europäische Industrie wieder zu ertüchtigen. Besonderes Augenmerk sollten wir in dieser Hinsicht auf die Länder im indopazifischen Raum richten, die sich dem aggressiven Verhalten Chinas entgegenstellen. Mit der Indo-Pazifik-Strategie hat die EU im September 2021 eine solide Grundlage geschaffen, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Ländern dieser Region nachhaltig zu stärken. Darauf kann und sollte aufgebaut werden.

Insgesamt muss die Europäische Union ihren globalen Partnern zeigen, dass wir bessere Angebote machen können als China – transparent, auf Augenhöhe und ohne Knebelverträge. Verbale Versprechen reichen nicht aus, um für unser freiheitliches-demokratisches Modell zu werben. Wir können dabei mit Selbstbewusstsein antreten. Nicht zuletzt die Pandemie hat gezeigt: Die Demokratie kann liefern. Das kommunistische China ist mit seiner Coronapolitik gescheitert, virologisch und ökonomisch. Die rechtstaatliche Demokratie hat mit ihren öffentlichen Diskursen, ihrer Fähigkeit zur Selbstkorrektur sowie mit ihrer Innovationskraft entscheidende Wettbewerbsvorteile. ←